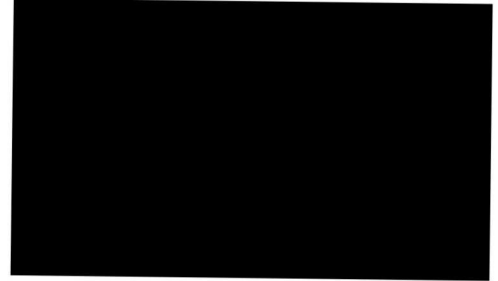
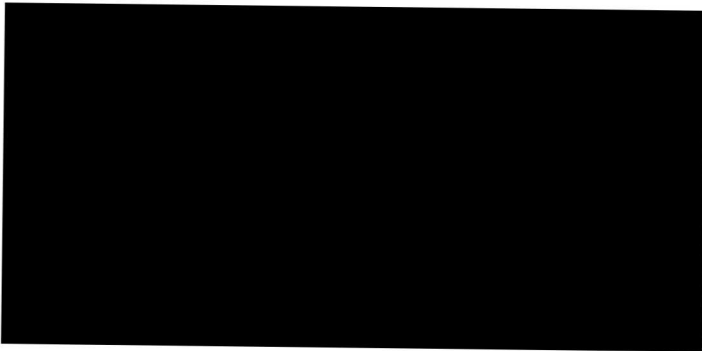




Gesundheitsamt
Verwaltung



Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen
13.11.2019



Datum
09.12.2019

Vollzug des Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz - VIG);

Bekanntgabe der Entscheidung über Informationsgewährung nach § 5 Abs. 2S. 3 VIG

Betrieb: „CHILLI´S“, Chilli´s Ingolstadt GmbH, Harderstraße 12, 85049 Ingolstadt

Sehr geehrte Frau 

nach Prüfung ihres Antrags vom 13.11.2019 erlässt die Stadt Ingolstadt folgenden

Bescheid:

1. Ihrem Antrag vom 13.11.2019 auf Informationsgewährung wird stattgegeben.
2. Für den Fall, dass vom betroffenen Betrieb keine Rechtsmittel eingelegt werden, erfolgt die Übersendung der gewünschten Daten (Kontrollberichte) am 23.12.2019.
3. Für diesen Bescheid werden keine Gebühren erhoben.

Gründe:

I.

Mit E-Mail vom 13.11.2019 haben Sie über das Internetportal „Frag den Staat“ ein Auskunftersuchen nach § 2 Abs. 1 VIG bezüglich Gaststätte La Bodega, Gaimersheimer Straße 15, 85057 Ingolstadt gestellt.

Im Einzelnen begehren Sie folgende Auskünfte nach dem Verbraucherinformationsgesetz:

1. Wann haben die beiden letzten lebensmittelrechtlichen Betriebsüberprüfungen im folgenden Betrieb stattgefunden?
2. Kam es hierbei zu Beanstandungen? Falls ja, beantragen Sie die Herausgabe des entsprechenden Kontrollberichts an Sie.

II.

Die Stadt Ingolstadt, Gesundheitsamt, ist für die Entscheidung über die Gewährung des begehrten Informationszuganges gemäß § 4 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz – VIG) vom 17. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2166, 2725), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 34 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) i.V.m. Art. 21a Abs. 2, Art. 1 Abs. 3 Nr. 4, Art. 2 Abs. 1, Art. 4 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst- und Veterinärdienst, die Ernährung und den Verbraucherschutz sowie die Lebensmittelüberwachung –GDVG– vom 24. Juli 2003 (GVBl. S. 452, 752, BayRS 2120-1-U/G), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 366), sachlich und gemäß Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes – BayVwVfG– (BayRS 2010-1-I) örtlich zuständig.

Die begehrten Informationen lassen sich dem Auskunftsbereich des VIG zuordnen, speziell dem des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VIG. Hierunter fallen alle Daten über von den nach Bundes- oder Landesrecht zuständigen Stellen festgestellte nicht zulässige Abweichungen von Anforderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches und des Produktsicherheitsgesetzes (LFGB), der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen und unmittelbar geltender Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union im Anwendungsbereich des LFGB sowie Maßnahmen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit solchen Abweichungen getroffen worden sind.

Der Antrag genügt auch dem Bestimmtheitserfordernis des § 4 Abs. 1 Satz 1 VIG, wonach der Antrag hinreichend bestimmt sein und insbesondere erkennen lassen muss, auf welche Informationen er gerichtet ist. Ein Antrag ist auch dann hinreichend bestimmt, wenn aus ihm klar zu erkennen ist, welche Informationen begehrt werden (vgl. auch VG Frankfurt, Urteil vom 31.01.2008, 7 E 1487/07).

Ihrem Anspruch stehen weder allgemeine Ablehnungsgründe des § 4 Abs. 3, 4 und 5 VIG noch Ausschluss- oder Beschränkungsgründe nach § 3 VIG (öffentliche und private Belange) entgegen.

Ihrem Auskunftersuchen wird daher stattgegeben. Wir werden Ihnen die Informationen nach Ablauf von ca. 10 Werktagen in Form von Kopien der Kontrollberichte postalisch übersenden, wenn der Dritte nicht innerhalb von 10 Werktagen gerichtlich gegen diese Entscheidung vorgeht. Aus haftungsrechtlichen und datensicherheitsrechtlichen Gründen haben wir uns entschieden, die Auskunft postalisch und nicht per E-Mail zu erteilen.

Diese Entscheidung wurde dem betroffenen Lebensmittelunternehmer mit heutigen Schreiben bekanntgegeben.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 7 Abs. 1 Satz 2 VIG.

Hinweise:

Wir möchten Sie ausdrücklich darauf hinweisen, dass das Verbraucherinformationsgesetz allein Auskunftsansprüche gegenüber Behörden umfasst, jedoch keine Aussage zur Zulässigkeit der Weiterverwendung der erhaltenen Informationen durch Sie als Antragsteller trifft. Ob und wie Sie die Informationen weiterverwenden, liegt daher in Ihrer alleinigen Verantwortung und Risiko.

Darüber hinaus machen wir darauf aufmerksam, dass die Protokolle lediglich den Zustand zum Zeitpunkt der jeweiligen Kontrolle widerspiegeln. Rückschlüsse auf den Hygienestatus zum heutigen Zeitpunkt sind daher nicht möglich.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht München** erhoben werden. Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

- a) Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten bei der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Anschriften lauten:
Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,
- b) Die Klage kann bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht München** auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter Signatur an das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach – www.egvp.de - erhoben werden. Dabei sind die der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu entnehmenden Bedingungen zu beachten:
<http://www.vgh.bayern.de/verwaltungsgerichtsbarkeit/rechtsantragsstelle/>.

Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Stadt Ingolstadt) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Wenn die Klage schriftlich oder zur Niederschrift erhoben wird, sollen dieser und allen Schriftsätzen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen können der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit entnommen werden (www.vgh.bayern.de)
- Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Gesundheitsamt